

Kiel, den 28.06.2024

Sprechzettel für den Finanzausschuss, 04.07.2024

**Sprechzettel zu TOP 2 – Verwaltungsvereinbarung mit der
Gemeinde Boostedt**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

- Die Landesregierung hat sich mit Kabinettsbeschluss vom 25.03.2024 darauf verständigt, den Standort Boostedt, auf dem Gelände der ehemaligen Rantzau-Gelände für drei große Themenbereiche zu sichern:
 - **Für den Justizbereich**, um den Neubau der Justizvollzugsschule realisieren zu können
 - **Für den Bereich der Erstaufnahme von Schutzsuchenden**, um die derzeitige Unterbringungskapazität für Geflüchtete mindestens bis Ende des Jahres beizubehalten und frühestens ab dem Jahr 2025 eine langfristige Unterbringungskapazität für Geflüchtete von rund 1.250 Plätzen zu gewährleisten.
 - **Für den Bereich des Katastrophenschutzes**, um langfristig ein Katastrophenschutzlager vorzuhalten.

- Die Verwaltungsvereinbarung, über die wir heute sprechen, betrifft diese drei Bereiche, deswegen sind auch drei Ministerien beteiligt und heute im Ausschuss vertreten
- Alle drei Themenbereiche sollen für die Landesregierung langfristig und dauerhaft gesichert werden, um für alle Seite größtmögliche Planungssicherheit zu gewährleisten
- **Ein wesentlicher Punkt** hierbei ist in einem ersten Schritt die **Verlängerung der Nutzungsdauer** über das Jahr 2024 hinaus.
- Die mit der BImA geschlossenen Mietverträge laufen am 30.11.2024 aus.
- Für die Verlängerung der Verträge **hat der Bund vorgegeben**, dass das **Einvernehmen mit der Gemeinde Boostedt** herzustellen sei.
- **Für die Gemeinde war dabei die Schließung einer Verwaltungsvereinbarung wichtig**, um Verbindlichkeit und Planungssicherheit zu erhalten.
- Die Gemeinde Boostedt hat der Verwaltungsvereinbarung nach langen Verhandlungen in der **GV-Sitzung vom 27. Mai zugestimmt**.

- **Am 25.06.2024 wurde die Vereinbarung** von Bürgermeister **König**, der Integrationsministerin, der Innenministerin, der Justizministerin und der Finanzministerin **unterschrieben**.

Zum Themenkomplex MSJFSIG bedeutet dieses:

- Die **LUK Boostedt** wird derzeit **mit 2.500 Plätzen betrieben** und ist die **größte Landesunterkunft in Schleswig-Holstein**
 - Der Standort Boostedt wird auch im zukünftigen Standortkonzept eine zentrale Rolle spielen
 - Von Gemeinde war Reduzierung der Plätze gewünscht
 - Vereinbarung regelt u.a., innerhalb des kommenden Jahres die vorhandenen 2.500 Plätze um die Hälfte auf 1.250 Plätze laufend zu reduzieren und zurückzubauen
- Durch Verwaltungsvereinbarung ist die **damit die langfristige Sicherung des Standorts und damit die Unterbringung von Schutzsuchenden gewährleistet**
 - Bisher Mietvertrag bis 30.11.2024
 - Verlängerung bis 31.12.2032
 - mietzinsfreie Anmietung für die Unterbringung Schutzsuchender
 - Kaufoption möglich, sofern es die Mittel im HH ermöglichen